

dafür sorgt, daß die Diskussion über die neue Arbeitsweise mit der politischen Einschätzung und Kritik der bisherigen eigenen Arbeit verbunden wird.

In den Grundorganisationen im Staatsapparat muß die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit und die Verbesserung des Arbeitsstils im Mittelpunkt der Berichtswahlversammlungen stehen. Es gibt aber Genossen, die anderer Meinung sind. Diese vertreten den Standpunkt, daß bereits genug darüber gesprochen sei. Es gäbe genügend Verständnis für die Probleme, die sich bei der Verwirklichung des neuen Gesetzes ergeben und alle wären gewillt, den neuen Arbeitsstil anzuwenden. Diesen falschen Auffassungen wurde auf den Berichtswahlversammlungen häufig nicht genügend entgegengetreten. Wie ist aber die Lage in Wirklichkeit? Nicht alle Genossen im Staatsapparat erkennen bereits, daß die Ursachen für fehlerhaftes und ressortmäßiges Arbeiten, des Trennens der politischen von den fachlichen Aufgaben, Ausdruck bestimmter ideologischer Schwächen sind. Innerhalb der Parteiorganisationen des Staatsapparates kommen wir aber nicht ohne Auseinandersetzungen über solche falschen Auffassungen voran. Bei der Vervollkommnung der Arbeit des Staatsapparates handelt es sich jedoch nicht nur um Fragen der Arbeitsorganisation, sondern um die volle Entfaltung der Kraft der Werktätigen, vor allem der Arbeiterklasse, als der Trägerin des gesellschaftlichen Fortschritts. Wer diese große Kraft nicht richtig zu erkennen vermag, der kommt, ob er will oder nicht, zur bürokratisch-administrativen Arbeitsmethode, der erkennt nicht das Neue, die politisch-operative Hilfe, die die Mitarbeiter des Staatsapparates innerhalb ihres Arbeitsbereiches unmittelbar in den Betrieben und Dörfern geben müssen.

Vielen Mitarbeitern des Staatsapparates fällt es schwer, sich von dem alten Arbeitsstil, der ihnen gestattete, lediglich nach Anweisungen zu arbeiten, zu lösen. Bei ihnen mangelt es noch an dem Gefühl der Selbstverantwortung bei der Durchführung der Beschlüsse von Partei und Regierung und der örtlichen staatlichen Organe. Noch gibt es Parteiorganisationen im Staatsapparat, die in unzulässiger Weise lange Zeit benötigen, um bestimmte bereits auf gedeckte Fehler zu korrigieren. In der Volkskammer hatte zum Beispiel der Genosse Walter Ulbricht an der ressortmäßigen und bürokratischen Arbeit einiger Ministerien Kritik geübt. Betroffen waren davon die Ministerien für Allgemeinen Maschinenbau, Schwermaschinenbau, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Versorgung und Finanzen. Das Parteiaktiv im Ministerium für Schwermaschinenbau tagte zu einem Zeitpunkt, als die Rede des Genossen Walter Ulbricht bereits allen Mitarbeitern bekannt sein mußte. Trotzdem gab es auf dieser Parteiaktivtagung keine Stellungnahme zu der Kritik des Genossen Walter Ulbricht. Das ist eine große Vernachlässigung der Parteipflicht und auch der Parteierzehungarbeit.

Keiner Parteiorganisation ist es gestattet, durch Schweigen einer berechtigten Kritik auszuweichen. Solche Schwächen innerhalb von Parteiorganisationen führender Institutionen des Staatsapparates zeigen die Notwendigkeit, auch hier das Niveau der Genossen sowohl politisch als auch ideologisch zu erhöhen. Das Zentralkomitee richtete an alle Grundorganisationen einen Brief über das Studium des dialektischen Materialismus, in dem es u. a. heißt:

„... Unter den Mitgliedern unserer Partei gibt es aber noch Genossen, die es überflüssig finden, sich mit weltanschaulichen Fragen zu befassen. Sie verkennen, daß zwischen der Theorie des Marxismus-Leninismus und ihrer eigenen praktischen Arbeit ein untrennbarer Zusammenhang besteht. Eine solche Ein-